

# GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

AUSGABE FÜR GRAZ-UMGEBUNG



Ausgabe 8, September 2018 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPÖ**

# Neue Buslinien

## Verbesserungen bei Grazer Öffis

Seite 2-3

fotolia.com creativemarc



*Das Grazer Stadtblatt wünscht allen Leserinnen und Lesern  
einen schönen und erholsamen Sommer*

**KPÖ-Sozial- 0316/877 5102  
telefon**

**Helfen statt reden.  
Mit Rat und Tat!**

**KPÖ  
wirkt!**

**Wir beraten Sie gerne.  
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus**





## Asbest-Ablagerung in Frohnleiten erfolgte ohne Ober- flächenabdeckung

Das hochgiftige Material Asbest ist seit 2003 verboten und muss unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen entsorgt werden. In Frohnleiten sei die Lagerung auf einer Deponie „unsachgemäß und teilweise ungesichert“ erfolgt, wie Fotos zeigen. Allerdings sei das Material nicht ungefährlich gewesen.

Die Deponie sprach bei den Fotos von einer „Momentaufnahme“, es sei alles ungefährlich. Die Tageszeitung „Der Standard“ recherchierte jedoch, dass seit 2017 Probleme bestehen und den Arbeitern geraten wurde, keine Arbeiten mehr zu verrichten und die Deponie sofort zu verlassen, solange die Lagerung offen erfolge. Einen Beigeschmack erhielt die Angelegenheit dadurch, dass die Leiterin der Umweltautorität des Landes, die für die Untersuchung verantwortlich war, früher selbst Leiterin der betroffenen Deponie war.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler forderte von Umweltlandesrat Lang (SPÖ) lückenlose Aufklärung der Vorfälle. Aus dessen Beantwortung einer Anfrage geht hervor, dass tatsächlich Material offen gelagert wurde. 2015 wurde mehr Asbest abgelagert, als die Abdichtung der Deponie zuließ. Eine Oberflächenabdeckung fand in dieser Zeit nicht statt. Auch ein Nachweis über die Ungefährlichkeit des Materials konnte nur mit Verzögerung erbracht werden. Am 22. Juni 2018 ergaben Laboruntersuchungen glücklicherweise, dass die entnommenen Proben nicht als gefährlich einzustufen waren.

Diese Vorgänge, auch wenn alles gut ausgegangen zu sein scheint, erhöhen nicht gerade das Vertrauen in die Deponie. Hätte das Material die Grenzwerte überschritten, wäre die Bevölkerung einer großen Gefahr ausgesetzt gewesen.

## Infolge eines Brandes musste der Postpartner in Gratwein im Vorjahr schließen. Mit August dieses Jahres wurde nun eine neue Postpartner- stelle im Ortskern eröff- net.

Auch in Gratkorn soll eine solche folgen. Die zeitweilige Schließung des Postpartners Gratwein sowie die anstehende Auflösung des Postamtes im Nachbarort Gratkorn im September ließen eine eklatante Unterversorgung der Bevölkerung mit Post-Dienstleistungen befürchten, die durch zwei Neueröffnungen verhindert werden soll.

Besonders die Schließung des Postamtes in Gratkorn stieß bei der Bevölkerung auf Unverständnis, war die Filiale doch stets stark frequentiert (das *Stadtblatt* berichtete). Bereits 2016 hat man sich mit einer Unterschriftensammlung dagegen gewehrt, dass das Postamt zugesperrt

wird – leider ohne Erfolg. Eine Ausdünnung des Postnetzes führt im Regelfall zu einer Verringerung der Dienstleistungen. Eine Abfederung dieses Effektes soll nun die Eröffnung eines neuen Postpartners auch in Gratkorn bringen. Dieser soll in der letzten Septemberwoche seine Pforten öffnen.

Die KPÖ kritisiert indes die stetige Schließung echter Postämter. „Es ist gut, dass der Bevölke-

rung nun zumindest Alternativen geboten werden. Trotzdem sollte es die Aufgabe der Post sein, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen“, stellt Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag, klar. Seit der Teilprivatisierung der Post würde dieser Aspekt immer mehr in den Hintergrund gedrängt. „Stattdessen setzt man darauf, möglichst hohe Gewinne für die Aktionäre zu erzielen.“



## Sozialberatung der KPÖ in Gratwein



**Am 10. September 2018  
findet**

**von 15 bis 17 Uhr  
eine Sozialberatung der KPÖ im  
Marktcafé in Gratwein,  
Hauptplatz 2, statt.**



**Sie sind herzlich eingeladen, mit Ihren Fragen und Anliegen vorbeizukommen!**



**Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark  
und Sozialberater Phillip Reininger  
helfen Ihnen gerne weiter.  
Kein Anliegen ist zu gering!**

**Bei Fragen melden Sie sich  
unter Tel. 0316 / 877 5105**

# Herbstzeit ist Ausflugszeit

**Der Herbst und der sogenannte „Altweibersommer“ eignen sich ausgezeichnet für einen Ausflug mit Freunden oder Familie. Der Bezirk Graz-Umgebung hat dafür viele attraktive Ziele zu bieten. Das „Stadtblatt“ stellt einige davon vor.**

## LURGROTTE PEGGAU

Die Lurgrotte in Peggau ist die größte wasserdurchströmte Tropfsteinhöhle Österreichs. Bei einer Führung durch die Höhle kann man nicht nur die faszinierenden Tropfsteine bestaunen, auch das Skelett eines Höhlenbären ist in der Lurgrotte ausgestellt. Mit etwas Glück erblickt man auch die in der Höhle wohnhaften Fledermäuse – eine in Österreich vom Aussterben bedrohte Spezies. Die Lurgrotte liegt nur wenige Meter vom Murradweg entfernt und ist somit auch ein ideales Ausflugsziel für Radfahrer und Radfahrerinnen. Ein Ausflug dorthin eignet sich besonders zur Abkühlung an heißen Herbsttagen, in der Lurgrotte beträgt die Temperatur nämlich konstant 10 Grad. Die einstündige Führung kostet für Erwachsene 8 Euro, für Kinder bis 15 Jahre 6 Euro. Geöffnet ist die Lurgrotte bis 31. Oktober.

## SKULPTURENPARK PREMSTÄTTEN

Freunde der zeitgenössischen Kunst kommen im Skulpturenpark auf ihre Kosten. Die Parkanlage erstreckt sich über sieben Hektar und beherbergt mehr als 60 Skulpturen von renommierten Künstlern aus Österreich und aller Welt, wie Erwin Wurm, Franz West oder Yoko Ono. Die Skulpturen verschiedenster Größe und Form bieten nicht nur Kunstinteressierten ein abwechslungsreiches Bild, im Park lässt sich zwischendurch gemütlich rasten. Am 9. September findet das Spätsommerfest statt. Auch der Skulpturenpark hat bis Ende Oktober von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eingang befindet sich direkt vor der Einfahrt zum Schwarzlsee. Der Eintritt ist frei, Führungen gibt es für Gruppen ab sieben Personen bei einem Preis von 50 Euro pro Gruppe.

## DER BADLGRABEN

Den Badlgraben erreicht man am besten über den Parkplatz direkt nach der Abfahrt Badl-Peggau. Es gibt auch eine GUST-mobil-Haltestelle und mit dem Fahrrad ist der Startpunkt direkt am Murradweg gut erreichbar. Die Wanderung führt durch eine Schlucht, meist direkt neben dem Bachbett. Für kleine Kinder und



Einst markierte die Badlwandgalerie die Hauptverkehrsader.

weniger trittsichere Personen kann die Strecke nicht empfohlen werden, da – je nach Wasserstand – mehr oder weniger kleine Klettereien nötig sind. Einige Stellen sind mit Seilen gesichert. Hin- und Rückweg nehmen etwa eineinhalb bis zwei Stunden in Anspruch. Wer eine zusätzliche Herausforderung sucht, kann zur Badlhöhle wandern, die über den Badlgraben zu erreichen ist. Die einen halben Kilometer lange Höhle steht unter Schutz und ist deshalb abgesperrt. Ebenfalls im Badlgraben, aber auf der anderen Talseite, befindet sich die Repolusthöhle, in der einige der ältesten Spuren menschlicher Besiedelung Österreichs nachgewiesen wurden.

## SENSENWERK DEUTSCHFEISTRITZ

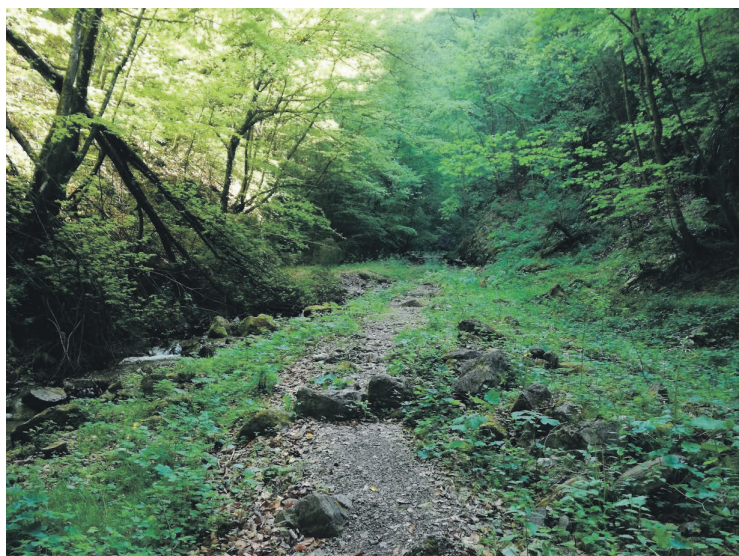
Das Sensenwerk ist ein außergewöhnliches Denkmal der Arbeitswelt und Industrie früherer Zeiten. In der Blütezeit gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden in Deutschfeistritz rund 60.000 Sensen jährlich hergestellt und sogar nach Übersee exportiert. Bei Führungen können die Arbeitsschritte von damals nachvollzogen werden, auch die Hämmer und Gerätschaften sind noch funktionstüchtig und werden vorgeführt. Der Kulturverein Sensenwerk organisiert regelmäßig spannende Veranstaltungen rund um das Museum, das mit 30. Oktober in die Winterpause geht. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag, 14-17 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen öffnet das Sensenwerk bereits um 13 Uhr. Eintritt: 5 Euro für Erwachsene, 2,50 Euro für Kinder.







Lurgrotte



Badlgraben

## Hartz 4 statt Notstandshilfe?

**Die schwarz-blaue Bundesregierung plant die Abschaffung der Notstandshilfe. Das hätte zahlreiche Verschlechterungen zur Folge. Doch nicht nur für Arbeitslose drohen Kürzungen, auch für Beschäftigte steigt der Lohndruck.**

Was getarnt als „Arbeitslosengeld NEU“ im Regierungsprogramm daherkommt, hat es in sich. Die Notstandshilfe soll abgeschafft werden. Das Arbeitslosengeld soll wie bisher zeitlich befristet bleiben und über die Bezugsdauer sinken. Wie lange in Zukunft Arbeitslosengeld bezogen werden kann, sagt das Regierungsprogramm nicht, auch nicht wie hoch dieses zu Beginn sein wird. Derzeit kann über einen Zeitraum von 20-52 Wochen Arbeitslosengeld bezogen werden. Die Anspruchsdauer hängt vom Alter und davon ab, wie lange jemand zuvor Versicherungsbeiträge einbezahlt hat.

Nach Ende des Arbeitslosengeldanspruches soll es in Zukunft nur mehr Mindestsicherung geben. Im Gegensatz zur Notstandshilfe hängt diese nicht mehr vom vorangegangenen Einkommen ab. Sie ist einheitlich niedrig. Mehr noch: ein Anspruch besteht nur, wenn der eigene Besitz zuvor bis auf rund 4200 Euro verwertet wurde. So muss der Notgroschen am Sparsbuch aufgebraucht oder ein Auto verkauft werden. Auf die Eigentumswohnungen greift das Land Steiermark zu, indem es diese im Grundbuch sicherstellt.

Zudem wird bei der Mindestsicherung das Einkommen des gesamten Haushaltes angerechnet. Viele Leute würden daher, alleine schon deswegen, weil sie einen berufstätigen Partner haben, in Zukunft nichts mehr bekommen. Bei der Notstandshilfe wurde diese Anrechnung abgeschafft.

Die Pläne der Bundesregierung dienen jedoch nicht nur dazu, den Arbeitslosen etwas wegzunehmen, sondern auch denjenigen, die einen Job ha-

ben. Die Erfahrungen aus dem vergleichbaren Hartz-4-Modell aus Deutschland zeigen, dass sich durch den Druck auf die Arbeitslosen und den Zwang, jeden auch noch so schlechten Job anzunehmen, die Löhne aller Beschäftigten schlechter entwickelt haben.

Beispiel

Derzeit:

Eine verheiratete Verkäuferin wird arbeitslos. Sie beantragt Arbeitslosengeld. Trotz zahlreicher Bewerbungen findet sie keine Stelle, von der sie leben kann, sondern lediglich eine geringfügige Anstellung. Sie beantragt Notstandshilfe, nachdem ihr Arbeitslosengeldanspruch endet. Die Notstandshilfe beträgt 92 Prozent des Arbeitslosengeldes. Ihr Einkommen aus der geringfügigen Beschäftigung darf sie zusätzlich zur Notstandshilfe behalten.

Zukünftig:

Nach Ende des Arbeitslosengeldanspruches sucht sie um Mindestsicherung an. Da ihr Mann einen Job hat (1350 Euro brutto/Monat + Urlaubs- und Weihnachtsgeld), erhält sie jedoch keine. Nur wenn auch ihr Mann seinen Job verliert, sie ihren Gebrauchtwagen verkauft, den ersparten Notgroschen bis auf 4200 Euro aufbraucht und das Land Steiermark die kleine Eigentumswohnung im Grundbuch sicherstellt, kann sie Mindestsicherung bekommen. Das Einkommen aus der geringfügigen Beschäftigung zusammen mit dem Arbeitslosengeld ihres Partners wird von der Mindestsicherung noch abgezogen. Zudem ist sie nicht mehr pensionsversichert.



# Arbeiterkammer „Wir brauchen eine starke Interessensvertretung“

## Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger im Interview

*Kurt, du bist Arbeiterkammerrat für den Gewerkschaftlichen Linksblock, genauer gesagt für die GLB-KPÖ Fraktion. Was machst du in dieser Funktion?*

Zunächst möchte ich einmal sagen, dass das eine ehrenamtliche Funktion ist. Kammerräte erhalten dafür kein Gehalt. Ich glaube, das ist vor dem Hintergrund der Angriffe der schwarz-blauen Bundesregierung auf die Arbeiterkammer (AK) wichtig zu wissen. Die AK ist mehr als eine Einrichtung für Konsumentenschutz und Rechtsberatung. Es geht hier auch um politische Interessensvertretung!

### *Und das passiert in den AK-Vollversammlungen?*

Wir versuchen als kleine Fraktion mit vier von 110 Mandaten immer wieder wichtige Anliegen in der Arbeiterkammer zum Thema zu machen. Nicht immer zur Freude der sozialdemokratischen Mehrheit. Zum Beispiel haben wir uns auch in der AK gegen die

Abschaffung der Wohnbeihilfe eine Petition gestartet. Zuletzt haben wir einen Antrag gegen die Einführung von Hartz 4 in Österreich gestellt.

### *Die AK entscheidet das aber nicht selbst, oder?*

Nein, aber sie ist die gesetzliche Interessensvertretung aller Arbeiter und Angestellten und hat damit natürlich eine gewisse Macht auf Gesetze einzuwirken. Und es gibt ja einige SPÖ Politiker die auch Kammerräte sind und die dann im Landtag oder Nationalrat über Gesetze entscheiden. Dass die oft gegen die Interessen der arbeitenden Menschen entscheiden, ist eine andere Sache. Gelingt es auch Dinge durchzusetzen?

Druck muss auf vielen Ebenen entwickelt werden. Aber nehmen wir die Wohnbeihilfe, da wurden einige Kürzungen wieder zurückgenommen. Einen kleinen Beitrag dazu haben auch wir über unsere Arbeit in der AK geleistet.

### *Abschließend noch zur Pflichtmitgliedschaft in den Kam-*



Konsequent auf Seiten der Beschäftigten: Kurt Luttenberger übergibt die Petition gegen die Kürzung der Wohnbeihilfe.

### *mern. Dafür oder dagegen?*

Natürlich dafür! Wir brauchen eine starke Interessensvertretung und sie muss auch genug Geld haben um unser Interessen zu vertreten. Die durchschnittliche AK-Umlage beträgt 6,91 Euro im

Monat. So billig bekommt man keine Rechtsschutzversicherung. Ganz klar, dass es schwarz-blau bei dieser Diskussion nicht um unsere Entlastung geht, sondern um die Schwächung unserer Interessen.

## Bundesregierung will Sozialbetrug erleichtern

**Unternehmen, die sich nicht an Gesetze halten, man kennt man zur Genüge. Lohn- und Sozialbetrug sind ein weit verbreitetes Phänomen. Trotzdem plant die Bundesregierung für die Täter nun Straferleichterungen. Das sogenannte Kumulationsprinzip soll nämlich abgeschafft werden.**

Dabei geht es darum, dass die Strafen für die einzelnen Delikte bisher zusammengerechnet wurden. Begeht ein Unternehmen einen Verstoß gegen das Arbeitsrecht bei einem Mitarbeiter, zahlt es einmal, begeht es den Verstoß bei tausend Mitarbeitern, so zahlt es die Verwaltungsstrafe tausendmal.

Geht es nach den Plänen der schwarz-blauen Bundesre-

gierung, soll dieses Prinzip abgeschafft werden und die Strafe auch bei zahlreichen Vergehen nur noch einmal anfallen. Damit werden die Strafen auf eine lächerlich geringe Höhe reduziert. Betrug und Gesetzesverstöße werden demnach umso lukrativer, je umfangreicher diese betrieben werden. Ehrliche Unternehmen, die sich an Gesetze halten, geraten dadurch genauso unter

Druck, wie die Beschäftigten.

Die GLB-KPÖ Fraktion hat daher in der letzten Arbeiterkammer-Vollversammlung einen Antrag gegen diesen Plan der Bundesregierung gestellt. AK-Rätin Hilde Tragler dazu in ihrer Wortmeldung vor der Vollversammlung: „Wenn es darum geht, uns im Krankenstand noch stärker elektronisch zu überwachen und angeblichen Missbrauch zu bestrafen, ist die FPÖ dafür. Wenn es aber darum geht, dort zu Strafen, wo Missbrauch im großen Stil betrieben wird, dann sollen Strafen auf ein lächerliches Maß reduziert werden und Konzerne und Großunternehmen

nahezu ungeschoren davonkommen. Es kann nicht sein, dass sich es sich Betrug und Gesetzesbruch lohnen, wenn man ihn nur groß genug betreibt.“

Der Antrag wurde von der AK-Vollversammlung mehrheitlich angenommen, die Regierung wird nun durch die Arbeiterkammer aufgefordert, diese Verschlechterungen nicht umzusetzen.

# volks<sup>2018</sup>hausfest



Ab 15 Uhr im Hof

**Social Music**

**Eve like Roses**

**Binder & Krieglstein**

**Full Supa Band**

Ab 21.30 Uhr im großen Saal

**Baguette**

**dogboy!**

On decks: Furth van der Haam

(Aficionados / Gegenwart)

Kinderprogramm für Jung & Alt • Glückshafen & Tombola mit Elke & Claudia

**Metropolis live Vertonung im dramagraz**

Samstag

**8.9.**

ab 15 Uhr

bei jeder Witterung

**Eintritt frei!**